



## Antrag

der Abgeordneten **Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Margit Wild SPD**

### Studium für alle Studierenden in der Corona-Krise ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, selbst Maßnahmen zu ergreifen und sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Studierenden aus der Corona-Krise keinerlei Nachteile erwachsen, das Studium von den Studierenden qualitätsgesichert zu Ende geführt werden kann und die laufenden Kosten für den Lebensunterhalt weitergetragen werden können.

Für das Erreichen der Ziele muss folgendes umgesetzt werden:

#### Anpassung des BAföG

- Für Studierende im BAföG-Bezug dürfen keine Förderlücken durch verlegte Termine und Prüfungen entstehen. Dazu sollen die BAföG-Ämter ihren Spielraum für die Verlängerung der BAföG-Bezugsdauer nutzen können.
- Studierende, die für ihre Miete nicht mehr aufkommen können, sollen einen befristeten Zugang zum Wohngeld oder zur Wohnpauschale im Rahmen des BAföG erhalten.
- Das Einkommen der Studierenden aus Tätigkeiten im medizinischen Bereich, dem Lebensmitteleinzelhandel oder der Landwirtschaft oder weiterer geeigneter Bereiche soll nicht auf die BAföG-Förderung und auf die Grenzen für die studentische Krankenversicherung angerechnet werden.

#### Lebensunterhalt sichern

- Einsatz eines Studienfonds auf Bundesebene, aus dem Studierende in finanzieller Notlage rasch und unbürokratisch Hilfe bekommen können.
- Die Umsetzung eines zinslosen Sozialdarlehens für Studierende soll geprüft werden.

#### Begabtenförderwerke anpassen

- Die Begabtenförderwerke sollen ebenfalls in die Lage versetzt werden, auf veränderte Studienrahmenbedingungen bei der Dauer ihrer Förderung flexibel eingehen zu können. Die finanzielle und ideelle Förderung der Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie die individuelle Betreuung müssen durch die Begabtenförderwerke weiterhin gewährleistet werden können. Wenn die Förderhöchstdauer des Studiums oder der Promotion aufgrund der pandemiebedingten und von den Geförderten nicht zu verantworteten Umstände überschritten wird, fordern wir, dass die Begabtenförderwerke finanziell dazu in die Lage versetzt werden.

#### Internationale Studierende schützen

- Der Finanzierungsnachweis für internationale Studierende soll vorübergehend ausgesetzt werden, um den Studierenden die Existenzsicherung notfalls durch den Verbrauch der Rücklagen auf ihren Sperrkonten zu ermöglichen. Wenn die Studienstudienhöchstdauer aufgrund der pandemiebedingten und von den Studierenden nicht zu verantworteten Umstände überschritten werden, muss eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis möglich sein.

#### Studentenwerke stärken

- Die Studentenwerke sollen mit Liquiditätshilfen unterstützt werden, um ihre massiven Einnahmeausfälle auszugleichen.

#### **Begründung:**

Mit der Nichtanrechnung des Sommersemesters 2020 auf die BAföG-Förderdauer und die Studienzzeit ist bereits eine wichtige Entscheidung zu Gunsten der Studierenden getroffen worden, die das kommende Semester unter erschwerten Bedingungen und ohne Planungssicherheit bestehen müssen. Neben veränderten Studienbedingungen bedeuten die Ausgangsbeschränkungen für viele Studierende aber auch mit dem Wegbruch ihrer Erwerbsmöglichkeiten oder den Einkommensverlust der Eltern eine bedrohliche finanzielle Notlage. Nach der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks sind mehr als zwei Drittel der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig, bei den ausländischen Studierenden sind es sogar 75 Prozent. Von den Regelungen zum Kurzarbeitergeld können sie nicht profitieren.

Die von der Bundesbildungsministerin Karliczek geplanten Maßnahmen, die zur Unterstützung Studierender im Rahmen des vorgelegten Entwurfs eines Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetzes dienen sollen, reichen nicht aus, um die Notlagen, in die Studierende durch die Corona-Pandemie geraten sind, auszugleichen.

Studierendenverbände des Bündnisses „Soforthilfe für Studierende“ mahnen an, dass für die große Mehrheit der Studierenden keine finanziellen Hilfen greifen: „Nur ein Bruchteil der Studierenden erhält überhaupt BAföG, ein Großteil finanziert sich jedoch selbst oder wird durch Unterhaltsverpflichtete finanziert. Den meisten Studierenden nützt die beschlossene Änderung der Anrechnungsregeln im BAföG also nicht.“ Gerade in den Großstädten sind Lebensunterhalt und Wohnung auch mit den BAföG-Bezügen allein nicht zu finanzieren.

Aus einem Hilfsfonds für Studierende, wie er vom Deutschen Studentenwerk gefordert wird, sollen Studierende in ihrer Notlage schnell und unbürokratisch Mittel für die Finanzierung für Lebensunterhalt und Studium erhalten.

Der Bundesverband ausländischer Studierender weist darauf hin, dass viele Studierende, deren Eltern außerhalb Deutschlands wohnen, derzeit nicht mehr durch ihre Familie finanziell unterstützt werden können. In vielen Ländern sind die Auswirkungen der Corona-Krise noch dramatischer als in Deutschland. Die Studierenden, die wegen des Wegfalls ihrer Jobs gar kein Geld mehr haben, fallen nun durch alle sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Daher fordern die Studierendenverbände „der finanziellen Ungleichbehandlung von Studierenden unterschiedlicher Herkunft entgegenzuwirken“.

Bedingt durch die Ausgangssperren sind die Studentenwerke mit hohen Einnahmeausfällen, z. B. der Hochschulgastronomie konfrontiert, die sie aus eigener Kraft nicht schultern können. Um ihre umfangreichen Aufgaben weiterhin erfüllen zu können, brauchen sie Unterstützung.